



Stetigjähriger Abonnementspreis: in Breslau 1 1/2 Thlr., Wochen-Abonnem. 5 Sgr., außerhalb pro Quartal incl. Porto 2 1/2 Thlr. — Anfertigungsgebühr für den Raum einer festsitzigen Zeile in Zeitungschrift 2 Sgr., Reclame 5 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Aufträge auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 544. Mittags-Ausgabe.

Fünfundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 20. November 1874.

## Deutschland.

### O. C. Reichstags-Verhandlungen.

#### 14. Sitzung des Reichstages. (19. November.)

2 1/2 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Delbrück u. A. Der Abg. von Förschmann ist nicht im Hause anwesend. Die Tribünen sind überfüllt. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung, auf der nur die Wahl des ersten Präsidenten des Reichstages steht, ertheilt der erste Vicepräsident Schenk v. Stauffenberg dem Abg. Weseler das Wort, der folgende Erklärung verliest:

„Ich muß es für möglich halten, daß im Laufe der gestrigen Verhandlungen über die Geschäftsordnung Ausdrücke vorgekommen sind, welche den vorstehenden Präsidenten gekränkt haben und vielleicht unbewußt ein gemüthliches Motiv gewesen sind, sein Amt eines ersten Präsidenten niederzulegen. Sollte dies der Fall gewesen sein, so erkläre ich offen und ehrlich, daß mir nichts ferner gelegen hat, als dem Herrn von Förschmann, von dessen Person ich die höchste Achtung beuge, und dessen unparteiische treue Geschäftsleitung ich mit dem ganzen Hause dankend anerkenne, irgend wie zu nahe zu treten. Wenn ich dennoch absichtslos in der Lebhaftigkeit der Debatte auf eine den Präsidenten kränkende Weise mich ausgedrückt haben sollte, so stehe ich nicht an zu erklären, daß ich das aufrichtig bedauere.“ (Beifall.)

Nach dieser Erklärung, die schriftlich aufgezeichnet war, weil der Abg. Weseler ein Interesse an der Authentizität jedes von ihm gebrauchten Ausdrucks zu haben versicherte, verlangte der Abg. Windthorst zur Tagesordnung das Wort:

Meine Herren! Ich bin überzeugt, daß das ganze Haus mit mir aufrichtig bedauert hat, daß unser verehrter früherer Präsident, Herr von Förschmann, in Folge des gestrigen Votums sich veranlaßt gesehen hat, das Präsidium niederzulegen. Der verehrte Präsident hat gesagt, daß er nach diesem Votum glaube nicht die nötige Autorität bewahrt zu haben. Nach meinem Dafürhalten liegt die Autorität des Präsidenten in dem Vertrauen, welches ihm von den Mitgliedern des Hauses zu Theil wird und ich bin der Meinung, daß in dem gestrigen Vorgang nach ruhiger Ueberlegung nichts gefunden werden kann, was irgendwie anzeigt, daß dieses Vertrauen irgendwo erschüttert worden ist. Meine Herren! Der Herr Präsident v. Förschmann hat in früherer Zeit bewiesen, daß er vorzugsweise befähigt ist große Versammlungen zu leiten, daß er jederzeit mit Energie die Geschäfte befördert, daß er immer mit voller Unparteilichkeit Allen gerecht zu werden bestrebt gewesen ist. (Beifall.) Meine Herren! Ich glaube nicht zu irren, wenn ich in aller Sinne spreche, indem ich Sie auffordere, durch Acclamation den verehrten Herrn v. Förschmann wiederum auf den Präsidentensitz, dessen Ehre er ist, zu erheben. (Lebhafter Beifall.) Ich beantrage also, den Herrn v. Förschmann zum ersten Präsidenten wieder neu zu wählen. (Allseitige Zustimmung.)

Vizepräsident v. Stauffenberg: Der Antrag des Vorredners kann nur dann in Kraft treten, wenn kein Mitglied des Hauses widerspricht. Ich frage deshalb, ob ein Mitglied des Hauses diesem Antrage widerspricht. Dies geschieht nicht. Ich erkläre deshalb, daß der Antrag des Abg. Windthorst, den Abg. v. Förschmann per Acclamation zum ersten Präsidenten wiederzuwählen, angenommen und Herr v. Förschmann wiedergewählt ist. Herr v. Förschmann ist, wie ich höre, im Hause nicht anwesend, ich werde ihm den Beifall deshalb mittheilen.

Abg. Graf Bethusy-Duc: Der Herr Präsident hat bis jetzt nur erklärt, daß der Antrag des Abg. Windthorst zur Verhandlung kommen kann. Ich glaube aber, es wird erforderlich sein, daß das Haus diese beantragte Acclamation wirklich vollzieht. Ich ersuche deshalb den Herrn Präsidenten, diese Acclamation zu ertheilen.

Vizepräsident von Stauffenberg: Es ist bis jetzt immer so verfahren, daß lediglich festgestellt wurde, daß kein Widerspruch erfolge. Diese einfache Constatation genügt, um die Acclamation für vollzogen zu erachten. (Zustimmung.)

Schluß 2 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Antrag Sonnemann, betreffend die Aufhebung des Strafverfahrens gegen die Abg. Reimers, Gassemann und Geib; Antrag Riehnicht auf Beurlaubung der inhaftierten Abg. Hagenfeld, Weibel und Most; Gesetzentwurf, betreffend die Steuerfreiheit des Reichseinkommens; mehrere kleinere Gesetze. — Zum Schluß theilte der Vicepräsident noch mit, daß sich das Haus am Sonnabend darüber schlüssig zu machen haben würde, ob es in den ersten Tagen der nächsten Woche die Justizgesetze in erster Lesung beraten wolle.)

Berlin, 19. Novbr. [Militäres.] Se. Majestät der Kaiser und Königin hat dem Bezirks-Präsidenten Grafen von Arnim-Boitzenburg in Meck die nachgehende Entlassung aus dem Amte in Gnaden ertheilt.

Se. Majestät der Kaiser und Königin hat den bisherigen Consul in St. Petersburg, Legationsrath Dr. Busch, und die Legationsräthe von Kufierow und Humbert zu Wirklichen Legationsräthen und Vortragenden Räten im auswärtigen Amte ernannt.

Se. Majestät der Königin hat den Kreisdeputirten Heinrich IX., Prinzen Reuß auf Reuß zum Landrath des Kreises Hirschberg; den Kammer-Präsidenten Maus bei dem Landgericht in Düsseldorf zum Präsidenten des Landgerichts in Köln; und den bisherigen Dirigenten des Gymnasiums in Groß-Strehlitz, Gymnasial-Oberlehrer Gustav Schroe ter zum Gymnasial-Director ernannt.

Dem Gymnasial-Director Gustav Schroe ter ist die Direction des Gymnasiums in Groß-Strehlitz definitiv übertragen worden.

Berlin, 19. November. [Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] reist am 26. d. M. von Coblenz nach Weimar zum Besuch des Großherzoglichen Hofes und trifft am 28. in Berlin ein.

(Reichsanz.)

[Militär-Wochenblatt.] v. Alten, harg. Port.-Fähnrich vom 2. Posenischen Infanterie-Regiment Nr. 19, v. Glasenapp, harg. Port.-Fähnrich vom 1. Schles. Dragoner-Regiment Nr. 4 zu Port.-Fähnrich befördert. Trewmann, Oberst vom Stabe des Ing.-Corps und commandirt zur Wahrnehmung der Geschäfte der 6. Festungs-Inspection, zum Inspecteur dieser Inspection, Sandkuhl, Oberst vom Stabe des Ing.-Corps, unter Entbindung von der Stellung als Ing. vom Platz in Köln, zur Wahrnehmung der Geschäfte eines Abtheilungs-Chef im Ing.-Comité commandirt und gleichzeitig zum Mitglied der Prüfungs-Commission des Ing.-Corps, Schotte, Major vom Stabe des Ing.-Corps, zum Ingenieur vom Platz in Köln ernannt. Pilie, Hauptmann vom 4. Ing.-Jus. und Ing. vom Platz in Sonderburg-Düppel, zum Major im Stabe des Ing.-Corps, v. Windler, Port.-Fähnrich vom 1. Schles. Jäger-Bataillon Nr. 5, zum Sec.-Lieut. befördert. Trammis, Sec.-Lieut. vom 2. Schles. Gren.-Regiment Nr. 11, zum Premier-Lieut. befördert. v. Butler, Unteroffizier von demselben Regiment, zum Port.-Fähnrich, Krüge, Port.-Fähnrich vom 1. Posen. Inf.-Regiment Nr. 18, zum Sec.-Lieut. befördert. v. Dungen, harg. Port.-Fähnrich von demselben Regiment, v. Plehner, Unteroffizier von demselben Regiment, zu Port.-Fähnrich, v. Dalwig, Prem.-Lieut. vom Schles. Jäg.-Regiment Nr. 38, zum überzahligen Hauptmann, v. Bodemeyer, Schmundt, Unteroffiziere von demselben Regiment, Trautvetter, harg. Port.-Fähnrich von demselben Regiment, zu Port.-Fähnrich, Werner, Bar. v. Grützschreiber, Port.-Fähnrich vom 3. Oberchiesl. Inf.-Regiment Nr. 62, zum Sec.-Lieut., v. Schmeling, Prem.-Lieut. vom 2. Schles. Drag.-Regiment Nr. 8, zum Mittelmeister und Esc.-Chef, v. Sander, Sec.-Lieut. vom demselben Regiment, zum Prem.-Lieut. befördert. v. Klüfer, Major, aggreg. dem Hannov. Jäg.-Regiment Nr. 73, in das Regiment einrangirt. Meyer, Hauptmann und Comp.-Chef im 1. Hanseat. Inf.-Regiment Nr. 75, dem Regiment, unter Beförderung zum überzahligen Major, aggregirt. Heinisius, Hauptmann und Compagnie-Chef vom 3. Pommerischen Inf.-Regiment Nr. 14, zum Major befördert. Dreifow, Oberst-Lt., aggreg. dem Gren.-Regt. König Friedrich Wilhelm IV. (1. Pomm.) Nr. 2 und commandirt zur Wahrnehmung der vacanten Stelle des Chefs der Abtheilung für die Vorkämpfungen u. Angelegenheiten im Kriegsministerium, unter Stellung à la suite des Kriegsministeriums, sowie unter Verleihung des Ranges eines Abtheilungs-Chefs im Kriegs-Ministerium, mit den Functionen eines solchen beauftragt. v. Krüger, Hauptmann à la suite des 1. Hannoverschen Feld-Artillerie-

Regiments Nr. 10 und Chef der Lehr-Batterie der Artillerie-Schießschule, Kaiser, Hauptm. vom Garde-Fuß-Art.-Regt. und commandirt als Adjut. der Gen.-Inspection der Art., zu überzahl. Major, Heinze, Clausen, Geire, vom Niederchiesl. Feld-Artill.-Regt. Nr. 5, Poser, Unteroff. vom Schles. Feld-Art.-Regt. Nr. 6, zu Port.-Fähnrich befördert. Reinsdorff, Major à la suite des Ospr. Fuß-Art.-Regts. Nr. 1 und Feuerwerksmstr. der Artill., unter Verleihung in das Westfäl. Fuß-Art.-Regt. Nr. 7, zum Art.-Officier vom Platz in Wesel ernannt. Gossler, Hauptm. vom Magdeburg. Fuß-Art.-Regt. Nr. 4 und Art.-Off. vom Platz in Erfurt, unter Beförderung zum Major, als Bat.-Comm. in das Rhein.-Feld-Artill.-Regt. Nr. 8 verlegt. Baensch, Hauptm. und Comp.-Chef vom Magdeburg. Fuß-Art.-Regt. Nr. 4, unter Stellung à la suite des Regts., zum Maj. befördert und zum Feuerwerksmeister der Art. ernannt. Leistikow, Unteroff. vom Niederchiesl. Fuß-Art.-Regt. Nr. 5, zum Port.-Fähnrich befördert. Heimbrod, Hauptm. und Comp.-Chef vom Schles. Fuß-Art.-Regt. Nr. 6, unter Verleihung in das Magdeb. Fuß-Art.-Regt. Nr. 4, zum Art.-Off. vom Platz in Erfurt ernannt. Fischehning, Major vom Westfäl. Fuß-Art.-Regt. Nr. 7 und Art.-Off. vom Platz in Wesel, als Bat.-Comm. in das Niederchiesl. Fuß-Art.-Regt. Nr. 5, Bogt, Pr.-Lt. à la suite des Schles. Fuß-Art.-Regts. Nr. 6 und von der Verleihung Comp. der Art.-Präf.-Commission, unter Beförderung zum Hauptm. und Comp.-Chef, in das Magdeburg. Fuß-Art.-Regt. Nr. 4 verlegt. v. Sichert, Hauptm. à la suite des Fuß-Art.-Regts. Nr. 15 und Lehrer an der Art.-Schießschule, unter Beförderung zum Major und unter Verleihung in das Niederchiesl. Fuß-Art.-Regt. Nr. 5, zum Art.-Off. vom Platz in Posen ernannt. Willems, Hauptm. und Plakmaj. in Glatz, die Genehmigung zum Tragen der Uniform des 5. Westfäl. Inf.-Regiments Nr. 53, unter Stellung à la suite dieses Regiments, ertheilt. Pesel, Vice-Wachtm. vom 1. Bat. (Posen) 1. Posen. Landw.-Regts. Nr. 18, zum Sec.-Lieut. der Reserve des Westpr. Ulanen-Regts. Nr. 1, Zachele, Sec.-Lieut. von der Inf. des 2. Bats. (Muskau) 1. Westpr. Landw.-Regts. Nr. 6, zum Prem.-Lieut., Koffe, Prem.-Lieut. von der Inf. des 2. Bats. (Hirschberg) 2. Niederchiesl. Landw.-Regts. Nr. 47, zum Hauptmann, Kellmann, Sec.-Lieut. von der Inf. des 1. Bats. (Neumaisel) 3. Pof. Landw.-Regts. Nr. 58, zum Prem.-Lieut., Heinecke, Vice-Feldw. vom Ref.-Landw.-Bat. (Berlin) Nr. 35, zum Sec.-Lieut. der Inf. des 3. Pof. Inf.-Regts. Nr. 58, befördert. Engels, Sec.-Lieut. von der Inf. des 1. Schles. Jäger-Bats. Nr. 5, zum Prem.-Lieut., Waechner, Vice-Feldw. vom 1. Bat. (Münsterberg) 4. Niederchiesl. Landw.-Regt. Nr. 51, zum Sec.-Lieut. der Inf. des 1. Pof. Inf.-Regts. Nr. 18, Hiedthier, Vice-Wachtm. vom 1. Bat. (2. Breslau) 3. Niederchiesl. Landw.-Regts. Nr. 50, zum Sec.-Lieut. der Inf. des Königs-Huf.-Regts. (1. Rhein) Nr. 7, v. Mauberge, Lihbert, Sec.-Lieut. von der Cav. des Ref.-Landw.-Bats. (1. Breslau) Nr. 38, zum Prem.-Lieut., Weihe, Vice-Feldw. vom 1. Bat. (Posen) 1. Pof. Landw.-Regts. Nr. 18, zum Sec.-Lieut. der Inf. des Pof. Feld-Art.-Regts. Nr. 20, befördert. Santer, Sec.-Lt. vom 1. Oberchiesl. Inf.-Regt. Nr. 22 der Abschied bewilligt. v. Kleist, Ob.-Lt. à Disp., zuletzt à la suite des 2. Ostpreuss. Gren.-Regt. Nr. 3, unter Ertheilung der Aussicht auf Anstellung im Civildienst und der Erlaubniß zum ferneren Tragen der Uniform gedachten Regts., mit seinen bisherigen Pension d. r. Abschied bewilligt. v. Verdesfeldt, Maj. vom 6. Westfäl. Inf.-Regt. Nr. 55, mit Pens. und der Regts-Uniform, v. Gellhorn, Rittm. und Sec.-Chef vom 1. Schles. Huf.-Regt. Nr. 4, als Major mit Pens. und der Regts-Uniform der Abschied bewilligt. Grupe, Ob.-Lt. vom 3. Pomm. Inf.-Regt. Nr. 14, unter Stellung zur Disposition mit Pension, zum Bezirks-Commandeur des 2. Bats. (Haugard) 5. Pomm. Landw.-Regts. Nr. 42 ernannt. Brandis, Ob.-Lt. vom Hannov. Fül.-Regt. Nr. 73, mit Pens., Müller, Oberst und Command. des 2. Hannov. Feld-Art.-Regts. Nr. 26, mit Pens. und der Regts.-Unif., Crusius, Gen.-Maj. und Comm. der 5. Feld-Art.-Bata., in Genehmigung seines Abschiedsgesuches, mit Pens. zur Disp. gestellt. Sack, Ob.-Lt. vom 2. Westfäl. Feld-Art.-Regt. Nr. 22, mit Pens. und der Unif. des 1. Westfäl. Feld-Art.-Regts. Nr. 7, Magnus, Ob.-Lt. vom 2. Hannoverschen Feld-Art.-Regt. Nr. 26, mit Pens. nebst Aussicht auf Anstellung in der Gendarmerie und der Uniform des Ostpreuss. Feld-Art.-Regts. Nr. 1, Gabelmann, Maj. vom Brandenburg. Fuß-Art.-Regt. 3 (Gen. Feldzeugm.) und Art.-Offiz. vom Platz in Mainz, als Ob.-Lt. mit Pens. und der Uniform des Niederchiesl. Feld-Art.-Regt. Nr. 5, Hammer, Maj. und Comp.-Chef im Rhein. Fuß-Art.-Regt. Nr. 8, mit Pens. nebst Aussicht auf Anstellung im Civildienst und der Regts-Uniform der Abschied bewilligt. v. Normann, Oberst à Disp., von der Stellung als Bezirks-Comm. des 2. Bats. (Haugard) 5. Pomm. Landw.-Regts. Nr. 42 entbunden. Edler v. d. Planitz, Sec.-Lt. von der Inf. des 1. Schles. Huf.-Regts. Nr. 4, v. Joeben-Ronieczkowski, Prem.-Lt. von der Cav. des 1. Bats. (Mynid) 1. Oberchiesl. Landw.-Regts. Nr. 22, diesem mit der Landw.-Armee-Uniform, Großmann, Hauptm. von der Inf. des Ref.-Landw.-Bats. 1. Breslau Nr. 38, mit seiner bisherigen Uniform, Kauthe, Sec.-Lt. von der Inf. des 2. Bats. (Oels) 3. Niederchiesl. Landw.-Regts. Nr. 50, als Pr.-Lt., Schmiedeb, Sec.-Lt. von der Inf. des Ref.-Landw.-Bats., als Pr.-Lt. mit der Landw.-Armee-Uniform, Schnitler, Sec.-Lt. von der Cav. desselben Bats., als Pr.-Lt., der Abschied bewilligt. Dr. Beder, Assist.-Art. 1. Kl. vom 2. Schles. Huf.-Regt. Nr. 6, vom 1. Novbr. d. J. als zum mediz.-chirurg. Friedrich-Wilhelms-Institut Behufs Wahrnehmung einer vacanten Stabsarzt-Stelle commandirt.

© Berlin, 19. Novbr. [Personalien.] — Die Ständesbeamten. — Das Postfuhrwesen. — Ein Mutterhaus. Der Reg.-Rath Haase (aus Hannover), bisher Hilfsarbeiter im Ministerium des Inneren ist zum Geh. Reg.-Rath ernannt worden. — Die Geh. Räte Wohlers und Persius haben sich jetzt von Cassel nach Wiesbaden begeben. — Im Einverständniß mit dem Justizminister hat der Minister des Inneren einige Anfragen von Behörden, welche sich auf das Gesetz wegen Beurkundung des Personenstandes bezogen, beantwortet. Danach könne die Anordnung, daß die Ständesbeamten bei einer Geburtsanzeige, wenn die Verehelichung der Eltern ihnen nicht zuverlässig bekannt ist, die Weibringung eines Attestes verlangen sollen, in den Bestimmungen des Gesetzes eine ausreichende Grundlage nicht finden. Ferner sei ein formeller Nachweis der Anordnung des bürgerlichen Aufgebots als dem Erlaß des kirchlichen Geseglich nicht erforderlich. Eine schriftliche oder auch nur mündliche Benachrichtigung des Geistlichen über die Anordnung des bürgerlichen Aufgebots sei vollkommen genügend, da das kirchliche Aufgebot keine rechtliche Bedeutung mehr habe. Es sei aber damit nicht unterjagt, daß der Ständesbeamte auf den Wunsch des Betreffenden eine Bescheinigung gebe. — Die vermehrte Benutzung der Privatpersonen-Fuhrwerke für Zwecke der Postbeförderung, insbesondere aber die stetige Ausdehnung des Eisenbahnwesens hat eine fortgesetzte Beschränkung des eigentlichen Postfuhrwesens und damit eine Verminderung in dem Bestande der Posthalterei und in den Ausgaben für das Postfuhrwesen herbeigeführt. Dies zeigt eine Vergleichung des Standes des Postfuhrwesens in den ersten vier Jahren von 1869 bis 1872. Es hat sich in dieser Zeit, obgleich im Jahre 1872 Baden sich der deutschen Reichs-Postverwaltung anschloß, die Zahl der Posthalterei vermindert von 1698 auf 1647, der Posthalter von 1579 auf 1541, der Postillone von 6235 auf 5668, der Postpferde von 17,066 auf 14,997, der Posthaltereiwagen und Schlitten von 8609 auf 7943. Auch die Ausgaben für das Postfuhrwesen (mit Einschluß der Beihilfen an die Unternehmer von Privat-Postfuhrwerken) haben sich ermäßigt und zwar von 5,912,133 auf 5,110,356 Thlr. Die Ausgaben entstehen 1) aus der Beförderung der ordentlichen Posten mit Weiwagen und für Paketbestellungs-fahrten, wobei sich eine Verminderung von 5,320,083 auf 4,840,663 Thlr. zeigt. 2) Aus dem Theuerungszuschuß, welcher von 566,179 auf

243,450 Thlr. herunterging. 3) Aus Unterstufungen, welche eine Steigerung von 25,871 auf 26,243 Thaler zeigen. Es mag hier noch die Bemerkung folgen, daß, obgleich die Verhältnisse der Postillone wesentlich verbessert worden sind, doch leider die Gestaltung der sozialen Verhältnisse die Heranziehung und Erhaltung tüchtiger und ordentlicher Leute zum Dienst bei den Posthalterei in fühlbarem Maße erschwert. — In Nowawes (bei Potsdam) soll ein Mutterhaus zur Ausbildung von christlichen Kleinkinder-Lehrerinnen eröffnet werden. Die Leitung soll der Inspector Ranke aus Bielefeld erhalten und ist den Geistlichen vom Ev. Ober-Kirchen-Rath empfohlen worden, dies Unternehmen zu unterstützen.

— Berlin, 19. November. [Aus der Budgetcommission.] — Die Reichsbank. — Präsident v. Förschmann. In der gestrigen ersten Sitzung der Budgetcommission wurde über die Etats-titel des preussischen, sächsischen und württembergischen Kriegsministeriums verhandelt. Die sächsischen Positionen in Betreff einiger Gehaltsätze sind verworfen worden, weil dieselben über die correspondirenden in der deutschen Armee hinausgehen würden. Die Frage wegen der Aufstellung eines selbstständigen Etats für das sächsische Armeecorps wurde eingehend discutirt. Es wurde hervorgehoben, daß für die Aufstellung eines besonderen Armeecorps für Sachsen weder rechtliche, noch Zweckmäßigkeitsgründe sprechen, daß es vielmehr der Stellung der sächsischen Armee und den bewährten Rücksichten der Sparsamkeit entspreche, den correspondirenden Titel des sächsischen Etats und des allgemeinen Etats übertragbar zu machen. Von anderer Seite wurde dagegen geltend gemacht, daß es schwierig sei, den jetzt vorliegenden Etat umzuarbeiten, es sich auch nicht empfehle, eine so wichtige staatsrechtliche Frage so nebenher zu entscheiden. Schließlich wurde der vom Abg. Miquel gestellte Antrag angenommen, welcher die Frage über eine anderweitige Aufstellung des sächsischen Etats dem Reichskanzler zur Erwägung anheimstellt. Damit ist mindestens verhütet worden, daß durch die vorliegende Etatsirung die Rechtsfrage nicht präjudicirt wird. In der Commission machte sich die Stimmung geltend, die vielfach erforderliche Umarbeitung des Etats bei der gegenwärtigen Geschäftsfrage des Reichstages nicht schon jetzt vorzuschlagen, dieselbe vielmehr, soweit dies nöthig ist, im Anschluß an das hoffentlich zu Stande kommende Gesetz über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben für das nächste Jahr vorzubehalten. — Außerhalb des Reichs hat der gestrige Ausgang der Debatte über die geschäftliche Behandlung des Bankgesetzes-Entwurfes eine nicht geringe Sensation hervorgerufen. Die Vorgänge konnten jedoch die Strömung für die Erreicherung einer Reichsbank nicht aufhalten. Diese macht sich heute um so mehr geltend, als die Reichstagsabgeordneten auf ihren privaten Vortausch mit den Mitgliedern des Bundesrathes nicht zurückhaltend sind. Die Stimmung der Mehrheit der Bundesbevollmächtigten wird nämlich als eine günstige für die Umwandlung der preussischen in eine deutsche Centralbank geschilbert. In allen öffentlichen Orten, wo die gestrigen parlamentarischen Ereignisse und die heutige Wiederwahl des Präsidenten v. Förschmann Gegenstand eifriger Discussion sind, sagt man, daß die Geschäftsordnungsfrage nichts mit dem endlichen Siege der Reichsbankfrage zu thun habe, deshalb nimmt man auch an, daß der hochverehrte Präsident v. Förschmann die Wiederwahl annehmen wird. Allerdings verlautete nach der heutigen Sitzung, daß er sich über die Wiederannahme des Vorschlages noch nicht geäußert habe, obgleich zwei Deputationen von Abgeordneten beauftragt waren, seine Zustimmung einzuholen. — Die Erklärung des Abgeordneten Dr. Weseler in der heutigen Reichstagsitzung wird nur dann erklärlich, wenn wir hinzufügen, daß derselbe vorher seinen Austritt aus der Fraction der national-liberalen Partei angekündigt hat. Ob es indessen richtig ist, daß der verehrliche Abgeordnete die persönliche Seite des Ausgangs der gestrigen Geschäftsordnungs-Debatte auf seine Schultern nimmt, wird in Abgeordnetentreffen stark bezweifelt. Nach der allgemein herrschenden Auffassung wäre es weit richtiger gewesen, wenn der Kaiserliche Antrag zurückgezogen worden wäre.

\*\* Berlin, 19. Novbr. [Die Beschwerde des Grafen Arnim] wegen seiner Wiederverhaftung beim Kammergericht ist, wie ich erfahre, gestern von demselben zurückgewiesen worden. Seine Beschwerde gründete sich auf das ärztliche Gutachten, nach welchem sein Gesundheitszustand durch seine Wiederverhaftung sich verschlimmern könnte. Die gegen den Grafen Arnim abgefaßte Anklageschrift beruht außer auf dem bereits mitgetheilten § 348 des Str.-G.-B. (betr. die Beiseiteschaffung von Actenstücken) auch auf § 350 des Str.-G.-B. wegen Unterdrückung von Sachen, die er in amtlicher Eigenschaft empfangen oder in Gewahrsam hatte. Das Minimum der in diesem Paragraphen angedrohten Strafe beträgt 3 Monate Gefängniß und ist mit eventuellem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verknüpft, während für das im § 348 präcirtete Vergehen eine Minimalstrafe von nur einem Monat festgesetzt ist, ohne daß der Richter auf den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkennen kann. Ueber dieses zur Anklage gegen den Grafen Arnim neu hinzugekommene Moment der Unterdrückung ist mir augenblicklich noch nichts sicheres bekannt. Allem Anscheine nach bildet es jedoch einen wesentlichen Grund, weshalb in Folge der vom Grafen Arnim wieder ausgehängten Depeschen die Rathskammer des hiesigen Stadtgerichts zu ihrem Beschluß seiner Wiederverhaftung sich veranlaßt sah. Es müssen sich unter diesen wieder zurückgelieferten Depeschen solche befinden haben, welche nicht ihm in directer Beziehung zu seiner amtlichen Thätigkeit zugegangen waren, sondern die er, ohne seine speciellen Thätigkeit unmittelbar zu betreffen, zur vertraulichen Kenntnisaufnahme und allgemeinen Orientirung in der deutschen Politik empfangen, ohne sie wieder auszuliefern.

— [In der national-liberalen Fraction des Reichstages] fand heute Vormittag eine Besprechung über die Vorgänge statt, welche der gestrigen Niederlegung des Präsidiums durch den Abgeordneten v. Förschmann vorausgegangen waren. Es wurde angedeutet, daß die Fraction eine Veränderung ihrer Geschäftsordnung in Aussicht zu nehmen habe um dem Uebelstande hervortretender Meinungsverschiedenheiten abzuhelfen. Der Abg. Weseler gab in dieser Beziehung für seine Person eine ähnliche Erklärung ab, wie diejenige, die er im Plenum verlesen hat, und knüpfte daran die Mittheilung, daß er aus der Fraction aussteige. Es wurde ferner Namens der letzteren der Vorfall beauftragt, sich zu dem Abg. v. Förschmann zu begeben und ihn zur Wiederübernahme des Präsidiums zu erju-



hen. Die Herren trafen den Abg. v. Forckenbeck nicht in seiner Wohnung, es war aber allgemein die Ansicht verbreitet, daß er die auf ihn in so ehrenvoller Weise gefallene Wiederwahl annehmen werde.

[S. M. Rbt. „Meteor“] ist am 17. November c. von Smyrna nach Konstantinopel in See gegangen und am 18. daselbst eingetroffen. An Bord Alles wohl.

**Koblentz**, 17. November. [Urtheil.] Heute wurde vom hiesigen Zuchtpolizeigericht das Urtheil gegen die zwölf Geschäftsführer des Mainzer Katholiken-Vereins verurtheilt. Sie wurden, nach der „Kobl. Volksztg.“, sämmtlich und zwar auf Grund des § 2 des B.-G. zu je drei Thaler Geldbuße, event. einen Tag Gefängniß, Herr Kammergleiter außerdem auf Grund des § 8b zu 50 Thlr. Geldbuße, event. vier Wochen Gefängniß, verurtheilt. Es wurde Appellation angemeldet.

**Karlsruhe**, 16. November. [Der Erzbischof von Freiburg zu Freiburg, Weibischof Dr. Kibel.] hat an seinen Diöcesan-Clerus ein Ausschreiben erlassen, worin er darauf hinweist, daß in einigen katholischen Gemeinden, wo nur eine einzige katholische Kirche sich befindet und diese den Katholiken zur Mitbenutzung überwiesen wurde, für die Infallibilität ein Nothstand vorhanden sei, weil nach dem Gesetz der katholischen Kirche in einer Kirche, in welcher ein excommunicirter Priester Gottesdienst hält, kein römisch-katholischer Gottesdienst gehalten werden könne, und daß deshalb Nothfalschen errichtet werden müssen. Für den Bau derselben hat der Bischof zur Unterstützung der betreffenden Gemeinden eine beim Schluß des Gottesdienstes an einem der nächsten Sonntage in allen katholischen Gemeinden des Landes zu erhebende Collecte angeordnet.

### Schweiz.

**Bern**, 14. November. [Die Bibliotheken des Klosters Maria Stein.] Im Canton Solothurn schreibt man der „Post. Ztg.“, ist bekanntlich durch Volksabstimmung die Aufhebung der geistlichen Stiftungen beschlossen. Das Kloster Maria Stein kommt demnach nunmehr zur Veräußerung. Das Vermögen fällt dem Schulfonds zu. Eine werthvolle Erweiterung sind die Bibliotheken des Klosters. Die Franciskanerbibliothek, die Stiftsbibliothek in Solothurn und die Bibliothek in Solothurn, welche nun in das Eigentum des Staates übergegangen sind, werden als sehr bedeutend geschätzt. Namentlich sollen die große Schätze aus früheren Jahrhunderten besitzen und einzelne Werke sogar, die als gänzlich verschollen galten. Etwas zuverlässigeres läßt sich im Augenblick über den Bücherfunds nicht berichten. Die Regierung hat eine sorgfältige Feststellung des Bestandes angeordnet, da sie sich mit dem Gedanken trägt, die drei Bibliotheken mit der über 10,000 Bände zählenden Professoren-Bibliothek der Cantonschule und der noch viel größeren Stadtbibliothek zu verschmelzen, um eine große cantonale Bibliothek in's Leben zu rufen. Viele von den vorhandenen Büchern werden als doppelt wohl zur Veräußerung gelangen, immerhin dürfte aber die in Aussicht genommene Bibliothek nach Umfang und Inhalt sich zu einer ganz bedeutenden gestalten.

**Zürich**, 16. November. [Aus der Bundesversammlung.] Die Landesväter sind für einmal wieder nach Hause gekommen, nachdem sie ihre arbeitsreiche außerordentliche Session beendet, kommen aber im December zur ordentlichen wieder. Im Vordergrund der Dinge stand noch immer das Militärgesetz, der allgemeinen europäischen Angewohnung gemäß. Man muß halt überall, auch in der Republik, mit den Wölfen heulen. Die Weiterberatung des Militärgesetzes im Ständerath ergab noch einige Abweichungen von den Beschlüssen des Nationalraths. Der Letztere hielt fest am militärischen Vorunterricht für die 16- bis 20-Jährigen und bereicherte ihn noch durch Schießübungen für die 18- und 19-Jährigen, während der Ständerath bloß Turnunterricht für die Schuljugend wollte. Ebenso beharrte er auf den 45 Tagen Infanterie-Rekrutenunterricht, gegenüber dem mit mehr Einsicht vom Ständerath verlangten 50 Tagen. Letzterer warf jedoch in zweiter Berathung die Finte ins Korn, indem er sich zu den 45 Tagen bequeme, stimmte dagegen dem nationalrathlichen Beschlusse über den militärischen Vorunterricht bei. In den letzten Tagen rasselte die Gesetzgebungsmaschine noch zwischen beiden Räten hin und her, bis endlich Uebereinstimmung in allen Punkten erzielt war. — Das Gesetz über Civilstand und Ehe nahm die fortgesetzte Thätigkeit des Ständeraths in Anspruch. Die Eheartikel brachten die Parteien stellenweise etwas scharf hinter einander. So wollte der St. Galler Radicale Hoffmann das altösterreichische Gerüste der Verfassung, welches man in England und Amerika nicht kenne, beseitigt wissen, ferner beantragte er, daß aus den Ehehindernissen das Verbot der Ehe zwischen Oheim und Nichte und zwischen Tante und Neffen, sowie zwischen beiderseitigen Chebrüdern gestrichen werde, drang aber nicht damit durch. Als höchst werthvolle Perle ist dem Gesetze der Artikel der Bundesverfassung eingefügt: „Das Recht zur Ehe steht unter dem Schutz des Bundes. Dieses Recht darf weder aus kirchlichen oder öconomischen Rücksichten, noch wegen bisherigen Verhaltens oder aus anderen politischen Gründen beschränkt werden. Die in einem Kantone oder im Auslande nach der dort geltenden Gesetzgebung abgeschlossene Ehe soll im Gebiete der Eidgenossenschaft als Ehe anerkannt werden. Durch den Abschluß der Ehe erwirbt die Frau das Heimathrecht des Mannes. Durch die nachfolgende Ehe der Eltern werden vorehelich geborene Kinder derselben legitimirt. Jede Erhebung von Brautjungfergebühren oder andern ähnlichen Abgaben ist unzulässig.“ Gegen die obligatorische Civilehe machten die Ultramontanen einen ersten Anlauf, um sie durch das fide Surrogat der fakultativen zu ersetzen. Artikel 33 bestimmt: „Der Civilstandsbeamte vollzieht die Trauung, insofern nicht die kantonale Gesetzgebung einen andern Traubeamten weltlichen Standes hierfür anweist.“ Reichlin als Commissions-Minderheit stellte dagegen den Antrag: „Mit dem Besitze eines regelmäßig ausgestellten Verheirathungsscheines haben die Brautleute das Recht erworben, sich trauen zu lassen, und es steht ihnen frei, den Trauungsact kirchlich oder bürgerlich vollziehen zu lassen.“ Gengel erwiderte hierauf, die Bundesverfassung gestatte keine rein kirchliche Ehe mehr. Die für letztere geltend gemachte Gewissensfreiheit bestehe bloß in der Freiheit der Kirche, auch fernerhin die Gewissen gefangen zu nehmen. Warum denn die Curie sich bei der ältesten Tochter der Kirche, Frankreich, die Civilehe gefallen lasse und sie jetzt im Syllabus verdamme? Reichlin behauptete, die Wahl zwischen kirchlicher und bürgerlicher Trauung sei eine Forderung der religiösen Freiheit. Sonst werde man bald dahin kommen, wo sich kaum noch eine Grenze zwischen Concubinat und Ehe ziehen lasse! Lusser stieß in dasselbe Horn der Gewissensfreiheit, welche die Clericalen überall für sich fordern und nirgends Anderen gewähren. Man dürfe die Leute nicht zwingen, sich bürgerlich trauen zu lassen. Das Volk wolle auch gar keine obligatorische Civilehe und der gläubige Katholik dürfe sie nicht als gültig anerkennen, weil die Kirche sie für sündhaft und verboten erkläre! Der gut katholische Kopp erklärte dagegen, von Gewissenszwang könne keine Rede sein, weil ja Jedermann frei stehe, sich auch kirchlich trauen zu lassen. Graven wollte sich nur dann zur bürgerlichen Trauung verstehen, wenn auch die Unauflöslichkeit der Ehe beschlossen werde! Darauf fiel der ultramontane Antrag mit 21 gegen 11 Stimmen zu Boden. Artikel 37 setzt fest: „Eine kirchliche Trauungsfeierlichkeit darf erst nach Vollziehung der gesetzlichen Trauung durch den bürgerlichen Traubeamten und Vorweisung des dahingehenden Scheines stattfinden.“ Reichlin's Antrag auf Erreichung wurde, nachdem Blumer auf den Chawirwar in Italien hingewiesen, mit 23 gegen 7 Stimmen verworfen. Für den Abschnitt über Ehe-

und Scheidungsgründe lagen zahlreiche Anträge vor, deren mehrere sogar die zeitweise Trennung von 3 bis 5 Jahren zulassen. Am stärksten plagten hier die Geister auf einander bei dem Antrag Reichlin's, daß die kantonalen Gesetze maßgebend bleiben sollen, weil der Bund kein Recht habe, über Ehescheidung Gesetze zu geben und damit die Katholiken zu protestantisieren. Bundesrath Knäfel erwiderte darauf, in Frankreich habe man auch die Protestanten katholisiert. Kopp wollte gleichfalls den ganzen Gegenstand den Kantonen überlassen. Hoffmann dagegen zeigte die Nothwendigkeit von Bestimmungen über Ehescheidung, nachdem die Bundesverfassung die Ehe endlich zu einem bürgerlichen Institut gemacht. Man dürfe dieses nicht der Willkür der 25 Kantone überlassen und müsse es vor fernerer Mißhandlung schützen. Die katholische Gewissensfreiheit bleibe ganz aus dem Spiel, da ja Niemand gezwungen werde, zum zweiten Mal zu heirathen. Ein Antrag der Clericalen, den ganzen Abschnitt zu verschleppen, wurde abgelehnt und sodann die Zuständigkeit des Bundes mit 17 gegen 15 Stimmen festgestellt. Darauf entslohen die meisten Ultramontanen aus der sündigen Luft des Sitzungssaales, um die Versammlung beschlußunfähig zu machen; es blieb aber gerade das Quorum beisammen, um das Gesetz zu Ende zu beraten. Bei Scheidung darf der schuldige Ehegatte vor Ablauf von einem Jahre nicht wieder heirathen; der Richter kann diese Frist bis auf 3 Jahre erstrecken. Zusage der Kinder, Entschädigungsforderungen u. dergl. werden der kantonalen Behörde überlassen. Weiter wurden die Artikel über Nichtigkeitserklärung der Ehe angenommen. — Die Bundesversammlung wählte für den ablehnenden Kopp zum Bundesrichter Stamm von Schaffhausen. — Der Nationalrath berief das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der früher nicht zugelassenen Privatbahnen oder Anschlußgeleise von gewerblichen Anlagen an das Eisenbahnnetz. Er wies ferner die Beschlüsse des Aargauer Israeliten Guggenheim darüber ab, daß man seinen Sohn anhalte, auch am Sabbath die Schule zu besuchen. Der Nationalrath war ganz der Ansicht des Bundesrathes, welcher dem Manne bereits den Standpunkt klar gemacht hatte: die Gewissensfreiheit sei dadurch gewahrt, daß der Religionsunterricht nicht obligatorisch sei; der Unterricht sei aber keine mit dem gottesdienstlichen Tage unvereinbare Arbeit.

### Spanien.

**St. Jean de Luz**, 16. Novbr. [Vom Kriegsschauplatz] schreibt man der „R. Ztg.“: Alle Welt ärgert sich über die Art, wie es der spanischen Regierung beliebt, den Krieg zu führen: die Soldaten, die Truner, die Kriegs-Correspondenten, die Franzosen und der cantabrische Ocean. Der Letztere ist über die Nachricht vom bevorstehenden Abzug des sieggetrübten Corps nach der Ebrolinie so aufbrausend geworden, daß vor der Hand keiner der asthmatischen spanischen Dampfer wagen wird, seinem Zorn zu trotzen. Die Truppen sind durch den seit heute Nacht wüthenden Sturm vorläufig in Guipuzcoa internirt, und vielleicht ändert das Mißtrauensvotum, das die Elemente selbst der Regierung des Senor Duque ausstellen, noch im letzten Augenblicke den ihr zugesprochenen heillosen Plan. Bei allem möglichen und unmöglichen Respect vor der militärischen Weisheit des Dictators begreift man nicht, wie derselbe unter den augenblicklichen Verhältnissen vor einer Bedrohung der Ebrolinie Angst haben kann. Ich bin deshalb noch immer nicht abgeneigt zu glauben, daß wir bald von anderen militärischen Dispositionen hören werden als denen, die hieher gemeldet und hier, ihre volle Richtigkeit vorausgesetzt, mit Recht so scharf kritisiert werden. So wüthende Streithähne sind die Krieger des Prätexten, namentlich die basischen Bataillone, nicht, daß sie gleich nach einer so demüthigenden Niederlage von neuer Angriffsliste verzehrt würden. Und nun sollten sie sogar, in ihren Bergen besetzt, sich in die Ebene hinunterwagen, was sie nicht einmal nach dem Rückzuge der Truppen von Alariza unternommen habe, jetzt, wo sie die vierzehn siegreichen Bataillone Loma's auf den Fersen, Moriones mit ungefähr 20,000 Mann in der Flanke und vor sich am Ebro die in ihren defensiven Stellungen nicht zu verachtenden Streitkräfte Pieltain's gegen sich haben. Weder die Basen noch die Navarresen lieben es, aus ihren heimathlichen Provinzen und ihren Bergverstecken hinausgeführt zu werden. Jetzt aber, wo sie das über ihre Schlupfwinkel verhängte Strafgericht vor Augen gehabt haben und wo ein Marsch nach dem Süden ihre Operationsbasis, ihre Vorräthe und Hütten dem Feinde widerstandslos preis geben würde, zweifle ich sehr, daß der Prätexten, und wenn er sich auf den Kopf stelle, sie vorwärts bringen würde. Derselbe ist auch ohne Zweifel himmelweit von einem solchen Plane entfernt, der ihm das Schicksal seines Freundes Lozano bereiten und des Endes Anfang sein würde. Die Regierung sollte also eher als die Mausefalle schließen, noch einigen Speck in dieselbe hineinthrowen. Ließe aber die Regierung jetzt wirklich die hier errungenen Erfolge aus der Hand, so wäre die Frucht der ganzen kostspieligen Operation wahrlich eine sehr geringe. Trun hätten die Carlisten auch ohne die Ankunft der Enkafstruppen nicht genommen, höchstens würden sie die Trümmer in der Stadt vermehrt haben. San Marcial, das die zunächst der Stadt liegenden Höhen beherrscht, wird besetzt werden und dadurch eine neue Beschließung unmöglich gemacht, auch bei dem Pässe von Gaindusqueta ein Blockhaus errichtet werden zur Sicherung des Landesweges nach San Sebastian. Aber in die Berge hinein, auf Vera und die Grenze zu, werden immer noch die Parteigänger des Prätexten haufen, Contrebande ins Land schleppen und Leben und Eigentum unsicher machen. Die Bergwerke werden weiter fernern müssen und die Stadt in keiner beneidenswerthen Lage sein als das noch immer mit unterbundenen Adern hinziehende Bilbao. Ein Spaziergang, den ich gestern nach dem benachbarten Trun machte, zeigte mir, daß die Truner in der That nichts Besseres erwarten. Bei Behobie, wo ich die Vidassoa passirte, arbeitet man aus Leibeskräften an einer stärkeren Befestigung des Brückenkopfes. Die schönen Häuser vor demselben sind bis auf den Grund niedergebrannt und zerstört. An dem schmalen Wege zwischen dem Flusse und dem Fuße der Berge bis Trun sind nur einzelne Wohnungen verschont geblieben. Im Gebirge selbst ging die Verwüstung systematisch ihren Weg. Weit hinter der pyramidalen Bergspitze von San Marcial stiegen die Rauchsäulen brennender Gehöfte auf. In der Stadt hat Lopera im Ganzen 1500 Mann seiner Truppen zurückgelassen, hauptsächlich vom Geniecorps, um die alten Befestigungen wieder herzustellen, resp. gegen Kanonen feuerfest zu machen und die erwähnten neuen anzulegen. Die beiden kleinen Forts, nur zur Abwehr von Infanterie eingerichtet, sind furchtbar verwüstet. Die carlistischen Geschosse haben die Brustwehren ohne Weiteres durchschlagen, die beiden steinernen Bauernhäuser, um die sich die ganzen Befestigungen gruppirten, total zerstört, und eine Granate ist sogar bis in eine Pulverkammer gedrungen. Dieselbe war allerdings mangelhafter verfertigt, als ein deutscher Bierfeller. Das Unglück hatte gewollt, daß eine wenig artilleristisch gebildete Persönlichkeit gleich zu Anfang des Bombardements mit dem Commando über die Geschütze betraut worden war. Dadurch geschah es, daß dieselben nach den ersten Schüssen unbrauchbar wurden und gerade in dem kritischen Momente in ärztliche Behandlung genommen werden mußten, als die Carlisten in größerer Nähe der Stadt eine Batterie aufzuwerfen begannen. Die carlistischen Granatsplitter haben eine ganze Menge von Radpeichen zerschmettert und aus einigen Rößern selbst

kleine Stücke herausgeschlagen. Jetzt aber richtet man sich so ein, als wenn man gar nicht zweifle, daß der Blockadezustand aus einem acuten einfach ein chronischer werden wird. Die Carlisten stehen noch um Vera concentrirt. Von den 17 Bataillonen, die sie dort besitzen, sind nur das 3., ein guipuzcoanisches, und das 5., ein navarresches, ernstlich im Feuer gewesen und haben zusammen etwa 200 Mann verloren. Das 3. Bataillon hat seinen Obersten, Trazu, verloren. Von einer partida volante, die, nur 30 Mann stark, von einem alten Officier des Pfarrers Santa Cruz befehligt wurde und den andringenden Leuten Loma's zwei Stunden lang widerstand, sind nur drei Leute unverwundet geblieben. Der Anführer selbst blieb tod auf dem Schlachtfelde zurück. Don Carlos soll selbst den Rückzug befohlen haben. Derselbe kam, wie ich geschilbert habe, ganz unerwartet schnell, und man muß vermuthen, daß der bekannte „unbezwingliche Muth“ des Prätexten die Entscheidung zum Nachtheil der eigenen Sache überreift hat. Natürlich geben die Carlisten selbst die Niederlage der Verräther ihrer Anführer schuld. Ihr General Geballos soll mit einigen guipuzcoanischen Bataillonen ohne Entschuldigung vom Schauplatz des Gefechtes weggeblieben sein und ist seitdem vollständig verschwunden, und zwar mit Caracuelles, dem Commandanten der Artillerie, die diesmal wieder gar nichts geleistet hat. Daß viele Carlisten über die Grenze flüchten, sieht man hier jeden Tage. Sie werden zu zweien und dreien von französischen Gendarmen hierhin begleitet, leidlich uniformirt und mit famosen Patronaschen aus Leder ausgerüstet. Oberst Chacon, Adjutant von Geballos, derselbe, der dem verrathenen Matrosen unserer Flotille das Leben gerettet hat, soll, bevor er die Grenze erreicht hat, ergriffen und erschossen worden sein. Als Befehlshaber der Bataillone zu Vera wird Mogrovejo genannt. Von Moriones hört man mittlerweile gar nichts, doch habe ich Anhaltspunkte zu der Annahme, daß er mit seinen Truppen in diesen Tagen sich auf den Weg nach Pamplona machen muß. Verwundet sich die See wieder, so gedenke ich nach Tafalla hinzuziehen. Was die Bestimmung des in San Sebastian versammelten Corps betrifft, so will ich eines Gerüchtes erwähnen, das mir schon vor einigen Tagen mitgetheilt wurde und seitdem noch immer weiter spukt, nämlich daß dasselbe längs der Küste bis Bilbao zu marschiren bestimmt sei. Ueber die Möglichkeit und den Werth einer solchen Operation ist es schwer zu urtheilen. Die Franzosen würden jedenfalls wenig erbaut über dieselbe sein, denn sie ärgern sich bereits, wie angebeutet, über die Unterbrechung der Operationen an ihrer Gränze, und klagen die Spanier an, daß sie die Verantwortlichkeit für die Ueberwachung derselben absichtlich ihren guten Nachbarn nicht abnehmen wollen.

### Niederlande.

**Amsterdam**, 15. November. [Das indische Budget] ist fast einstimmig von der zweiten Kammer angenommen worden. Der Colonial-Minister, Herr v. Goltstein, verteidigte es mit vielem Talent und bezeichnete seinen Standpunkt als principiell nicht von demjenigen der liberalen Partei verschieden; er wünsche nur langsamer vorwärts zu schreiten als diese. Indessen, schreibt man der „R. Z.“, kann man nicht sagen, daß die Liberalen in raschem Tempo gegangen sind; sie waren seit dem Jahre 1860 fast ausschließlich an der Regierung, aber das Resultat ihrer Wirksamkeit in Indien ist noch gar geringfügig. Es ist überhaupt die Schwäche dieser Partei, daß sie sich sehr viel Gutes vornimmt, aber wenig ausführt. Das zeigte unter Anderem auch die Debatte über den Unterricht der Indländer in Indien. Man wies darauf hin, daß dafür fast gar nichts geschehe, daß man so große Vorteile aus Indien ziehe, für die Bildung der Bevölkerung aber nichts thue, und daß ein solcher Zustand einer civilisirten Nation unwürdig sei. Die Schuld trifft hauptsächlich die Liberalen, die mit ihren volltönenden Phrasen so Manches zu Stande zu bringen wußten. Die Holländer zeigen so wenig Kraft, ihren guten Willen in Thaten zu übersezen, sie thun zur Erfüllung ihres civilisatorischen Berufs in Indien so wenig, daß sie sich nicht wundern dürfen, daß ihre Colonialherrschaft von vielen Seiten ungünstig beurtheilt und angegriffen wird. Sie dulden noch Sklaverei in ihren Besitzungen, sie halten selbst viele Millionen in Frohndiensten und führen zugleich im Namen der Civilisation Krieg gegen ein freies Volk. Sie müssen sich erst noch die Rechte einer gebildeten Nation in Indien erwerben, ehe sie auf dieselben pochen dürfen. Aber leider ist die ganze Frage eine Geldfrage; die reichen Holländer behaupten, die Zuschüsse der armen Savanen nicht entbehren zu können; deshalb halten sie an dem bisherigen System, obschon sie es principiell verwerfen. Aus der Discussion ging ferner noch hervor, daß der jetzige Minister eine vorgenommene Maßregel der vorigen vorläufig eingezogen hat, nämlich die Bildung einer sogenannten indischen Brigade, welche hier im Lande gebildet und erst im Nothfall nach Indien gesandt werden sollte. Hoffentlich bekommen wir gar nicht den Anblick einer Soldatentruppe, die, aus aller Herrn Länder zusammengewürfelt, den Abschaum der Nationen bildet. Daß das Verberbesystem für Indien nothwendig ist, ist schon schlimm genug, man hüte sich aber es einzuführen für Truppen, die im Lande in Garnison bleiben.

### Großbritannien.

**London**, 16. November. [In Chiselmur] wurde gestern ohne größere Feierlichkeit der Namenstag der Kaiserin Eugenie begangen. Um 11 Uhr begaben sich die Kaiserin, ihr Sohn, der junge Prinz Louis, der Herzog von Bassano, Dr. Conneau u. nach der kleinen katholischen Ortschaft, wo der Geistliche, der ein außerordentlich prachtvolles und von der Kaiserin ihm geschenktes Ornat trug, den Gottesdienst abhielt. In der Kirche befanden sich unter anderen Gästen die Prinzen Louis und Joachim Murat, und im Laufe des Nachmittags langte in Camdenhouse auch der junge Prinz von Asturien an. Viele Telegramme und Bouquets wurden von der Kaiserin gestiftet. Die Bouquets, worunter auch der sehr schöne Cameliensstrauch des Prinzen Murat, wurden zur Kirche getragen und auf dem Sarge Napoleons III. aufgehängt.

[Die Zionscapelle in Nottingham] war letzten Sonntag der Schauplatz einer Scene, wie sie glücklicher Weise nur selten vorkommt. Ein Theil der Kirchengemeinde war mit der Wahl des neuen Geistlichen nicht zufrieden und beschloß, diesem alle mögliche Opposition zu machen. Als der neue Geistliche am Sonntag Vormittag den Gottesdienst abhielt, protestirte die Opposition in einer, dem Orte wenig angemessenen Weise. Der Geistliche ließ sich nicht abschrecken und seine Gegner beschloßen, ein anderes Mittel zu ergreifen. Zum Abendgottesdienst waren sie zeitiger in der Kirche und hatten einen Geistlichen nach ihrem Geschmack auf den Kanzel gesetzt. Nichts desto weniger beschloß der zu spät gekommene Herr den Gottesdienst abzuhalten. Er ließ einen Choral singen, die Gegenpartei sang einen anderen. Er verlas seinen Psalm, dieneil der andere Candidat eine Predigt hielt. Je nach ihren Sympathien mit dem einen oder anderen Seelenbirten lauteten die einen Diesem, die andern Jenem, sangen sie den einen oder anderen Hymnus. Das wenig erbauende Schauspiel dauerte den ganzen Gottesdienst hindurch in Gegenwart einer hochwohlwollenden Polizei, die sich wohlweislich des Einschreitens enthielt, weil die andächtigen Gemeindeglieder sich keine offenen Gewaltthatigkeiten zu Schulden kommen ließen.

### Rußland.

**E. St. Petersburg**, 13. November. [Reform der Polizeiverwaltung. — Aus Livland.] Es fehlt in Rußland an Polizei! — Der Satz klingt paradox, ist aber wahr. Mag dieselbe auch in den größeren Städten den Anforderungen der gesellschaftlichen Sicherheit im Ganzen genügen, ist sie auch in unserer Residenz unter der Leitung des früheren Oberpolizeimeister, jetzigen Stadthauptmanns Trepow geradezu ausgezeichnet organisiert, so bleibt sie doch im Innern



des großen Reichsgebiets in ihrer bisherigen Einrichtung vielfach weit hinter dem Bedürfnis zurück. Die zahlreichen aus den Provinzen eingehenden Nachrichten über Mangel an Schutz des Eigentums, ja der Person — Umstände, welche nicht selten bereits zur Anwendung der Lynchjustiz geführt haben — haben nun das Project einer Reorganisation der Polizei-Verwaltung auf dem flachen Lande hervorgerufen, das demnächst dem Reichsrath vorgelegt werden soll. Während bis jetzt die Polizeibeamten an den Orten der Polizeiverwaltungen vereinigt sind, die ausgedehnten Kreisegebiete aber in Folge dessen der gehörigen Aufsicht entbehren, soll fortan bei bedeutender Verringerung jener Kreisbeamten eine sogenannte Polizeiwache eingerichtet und über den ganzen Kreis vertheilt werden. Der größere Theil dieser Wächter wird beritten sein. Jeder der 1405 Bezirke, in welche die 46 Gouvernements zu diesem Behufe getheilt werden, soll durchschnittlich 4 Wächter zu Fuß, und 9 zu Pferde bekommen; außerdem erhält der Kreischef eines jeden der 467 Kreise noch 3 berittene Wächter zur besonderen Verfügung. Im Ganzen wird demnach eine Polizeiwachmannschaft von gegen 20,000 Mann gebildet werden, ein Sicherheitscontingent, das innerhalb dreier Jahre aus ausgebildeten Soldaten zusammengesetzt werden soll. Die Polizeiwächter stehen als eine besondere Institution unter den Kreis- resp. Gouverneuren, haben aber auch der Polizei- und Dorfpolizei auf Verlangen Folge zu leisten, ohne sich andererseits in die Gemeindeangelegenheiten oder in die Wobstgerichte einmischen zu dürfen. Die beabsichtigte neue Einrichtung ist die Folge der günstigen Erfahrungen, welche in den polnischen Gouvernements gemacht worden sind, wo die vor 9 Jahren eingeführte Landwache zu einer ganz bedeutenden Verminderung der Zahl der Diebstähle, Raubansfälle, Brandstiftungen u. d. m. geführt hat. Das Project, das nun auch dem eigentlichen Rußland das vielfach fehlende Gefühl der Sicherheit bringen soll, wird daher allerseits mit Befriedigung aufgenommen. — In Livland sind vor Kurzem 18 lutherische Bauernfamilien mit Anwendung militärischer Gewalt von Haus und Hof entfernt worden, um anderen, russischer Confession, Platz zu machen. — Das klingt erschrecklich und kann wieder erfolgreich ausgebeutet werden, ist aber nur rechtlich gewesen. Vielfach sind bekanntlich Kronsländereien an Bauern verschiedener Confession vergeben worden. Die erwähnten lutherischen Landleute nahmen nun vor fünf Jahren von einzelnen Stücken der Kronsländereien des Kronsgutes Holsershof Besitz, ohne daß sie die Erlaubnis der Behörde dazu erhalten hatten. Diese wurde vielmehr in diesem Falle rechtgläubigen Familien zu Theil. Vor einigen Jahren bereits wurden daher diejenigen, welche sich eigenwillig daselbst niedergelassen hatten, aufgefordert, den in Besitz genommenen Boden wieder zu räumen; doch ließ man ihnen Zeit, noch höheren Orts um Verbleib auf den von ihnen eingenommenen Parzellen zu petitioniren. Da sie nun trotz abschlägigen Bescheides auf dieses Gesuch dennoch bis jetzt gutwillig nicht ausziehen, so erschienen denn die Gerichtsbehörden in corpore, begleitet von 27 Soldaten, um den Leuten zu nehmen, was sie sich widerrechtlich angeeignet hatten. Die Soldaten setzten das Wohnungsgesetz aus den Häusern auf den Weg, und das Gericht versiegelte die Eingänge zu jenen. So beklagenswerth auch die augenblickliche Lage der Leute sein mag, sie haben sie sich selbst zuzuschreiben; von Vergewaltigung und religiöser Unduldsamkeit ist dabei nicht zu reden. Wie es überhaupt möglich gewesen, daß die jetzt Ausgetriebenen sich ohne Erlaubnis auf fremdem Grund und Boden niederlassen konnten, diese Frage an die immer als so durchaus mustergültig bezeichneten Verhältnisse der Ostsee-Provinzen bleibt offen.

## Amerika.

Newyork, 30. October. [Die politischen Zustände in den Südstaaten] sind doch nicht in der Besserung begriffen, vielmehr herrschen namentlich in Alabama und Louisiana noch die bedenklichsten Symptome einer revolutionären Gährung, die über kurz oder lang zu einem die ganze Union in Mitleidenhaft ziehenden Ausbruche kommen kann. In Louisiana — schreibt die „Newyorker Handels-Zeitung“ — trug die Bereitwilligkeit, mit welcher sich die conservative Partei nach einem vollständigen und fast unblutigen Siege über das schamlose Kellogg-Regiment dem Wachtgebote der Bundes-Executive unterwarf, das alles Gewonnene negirte, die schlechtesten Früchte. Die Hoffnung der Conservativen, mit der wieder eingefetzten Regierung der Kellogg-Republikaner über Garantien für eine freie und ehrliche Volkswahl zu einer Verständigung zu gelangen, zeigte sich, da die Kellogg-Partei ihrer Unterstützung durch Waffengewalt der Bundesregierung unter allen Umständen gewiß war, sehr bald als Täuschung. Es gelang der Kellogg-Partei durch eine staatsanwaltschaftliche Entscheidung über die Gültigkeit der von gewissen Gerichtsbehörden in früheren Jahren gemachten Bürgerrechts-Ertheilungen, Tausenden von Adoptivbürgern das Stimmrecht wenigstens für die nächsten Wahlen zu entziehen; auch wurden betrügerische Wahlmandate entdeckt. Noch schlimmer trieb und treibt es jedoch die herrschende Partei mit Hilfe der angerufenen Waffengewalt des Bundes im nördlichen Theile des Staates. Dort ist im Bezirke von Schreveport, dem Kirchspiele von St. Mary, u. a. ein förmliches System der Einschüchterung unabhängiger Wähler und der Beherrschung der bevorstehenden Wahlen durch Bayonnette und Dragonaden in Gang gebracht worden. Ruhige Bürger werden unter der Anklage der Verletzung von Bundesgesetzen schaarweise von der Militärgewalt aus ihrer Heimath und Familie als Gefangene entführt und wie gemeine Verbrecher mit Handketten gefesselt in das Gefängnis geworfen. Da in den bezeichneten Verhältnissen wie im ganzen übrigen Staate vollkommene Ruhe und nichts weniger als ein Zustand der Auslieferung gegen die Bundesgewalt herrscht, so bedurfte es zur Ausführung dieser Manöver im Interesse der Herrschaft der republikanischen Partei eines Vorwandes, und diesen lieferte eine von einer Anzahl von Arbeitgebern erlassene Erklärung, durch welche den Arbeitern, welche nicht für die conservative Partei stimmen würden, mit der Entlassung aus der Arbeit gedroht wurde. Mag diese Maßregel auch vom liberalen Standpunkte zu mißbilligen sein, so ist doch außer Zweifel, daß sie kein das Einschreiten der Bundesgewalt rechtfertigendes Vergehen gegen die Vereinigten Staaten enthielt, dessen Verfolgung zu deren Competenz gehört haben würde, da die in jener Androhung enthaltene Einschüchterung von Stimmberechtigten sich gleichmäßig auf Weiße wie auf Farbige erstreckte und deshalb das damit begangene Verbrechen ausschließlich der Cognition und Bestrafung durch die Staatsgerichte unterlag und ein Einschreiten der Bundesbehörden nach der Constitution und den Congressgesetzen erst dann gerechtfertigt erschien, wenn die Staatsbehörden sich zur Verfolgung der Schuldigen außer Stande erklärten und die Bundesgewalt in verfassungsmäßiger Weise angerufen hätten. Nach der von dem Justiz-Departement in Washington beliebten Interpretation wurden jedoch die Vorgänge in den nördlichen Bezirken Louisianas unter die sogenannten Kullurgesetze (gegen Beeinträchtigung des Stimmrechtes der Farbigen) aufgefaßt und demgemäß ein Major Merrill mit der Ausführung der oben charakterisirten militärischen Gewaltmaßregeln direct beauftragt, da sich der in Louisiana kommandirende General Emory durch eine zu bürgerliche Auffassung seiner Pflichten in Washington nur wenig Beifall erworben, dagegen der genannte Befehlshaber sich bei früheren ähnlichen Vorgängen in

Süd-Carolina als brauchbares Werkzeug für politische Zwecke bewährt hat. Ganz ähnliche Manöver der Vorpiegelung und, wo nöthig, Erzeugung einer neuen Auflage des „Kullur“-Schreckens wurden aus Alabama berichtet. Man kann dabei die Untersuchung über die Wahrheit der Erzählung, daß Major Merrill, über die Ermächtigung zu seiner Säbeljustiz befragt, auf seinen Revolver hingewiesen habe, schließlich bei Seite und sich an den erwähnten, für verbürgt zu haltenden Thatfachen genügen lassen, um die Gewißheit zu haben, daß die Ausnahmestände in diesem und anderen, durch die republikanische „Reconstructionspolitik“ zum Aeußersten gebrachten Südstaaten einen Grad erreicht haben, welcher kaum einer Steigerung mehr fähig sein möchte und nur zu einer entschiedenen Wendung in der Gesamtsteuerung der Union beitragen kann.

## Provincial-Beitung.

Breslau, 20. November. Angelommen: Sr. Excellenz Graf von Brandenburg, R. D. Gesandter am portugiesischen Hofe, aus Lissabon. (Fremdenbl.)

\* [Erster Schnee.] Heute deckt zum ersten Male in diesem Winter die Häuser und Straßen Schnee, aber nur in den Vorstädten, in der inneren Stadt hat sich auf den Straßen die weiße Decke in gräulichen Schmutz verwandelt. Es fällt übrigens, bei -0.5° R., andauernd Schnee aber nur sehr spärlich.

X. Neumarkt, 19. November. [Tageschronik.] Am letzten Sonntage oder vielmehr in der Nacht vom Sonntage zum Montage erfolgte sich in Frankenthal der Sohn des Scholzen H. nachdem er kurz vorher nach der Kirchweih in dasjenige Kreischam beigemohnt. Die Motive zu dieser traurigen That sind noch nicht genau ermittelt. Der arme Vater hat mit seinem Sohne die einzige Wirtschaftsstille verloren. — Binnen acht Tagen soll von Dilettanten eine Theater-Vorstellung zum Besten hies. freiwilligen Feuerwehr stattfinden.

Girschberg, 19. November. [Einführung des neuen Landraths. — Kammerei-Kassen-Stat.] Heute erfolgte hier selbst durch den Ober-Regierungsrath Herrn Dr. Prützow aus Liegnitz die Einführung des Bringen Neuf IX. auf Neuhoß als Landrath des hiesigen Kreises. — Der Entwurf des hiesigen Kammerei-Kassen-Stat. pro 1875 weist in Einnahme und Ausgabe die Summe von 173,968 Mark nach gegen 171,561 Mark des diesjährigen Stat. Die Communal-Abgaben sind in der Einnahme mit 85,475 Mark, die Ueberschüsse aus der Forts-Verwaltung mit 20,434 Mark 80 Pfennige und die Erträge aus der Verwaltung der Güter Hartau und Schwarzbach mit 25,188 Mark 80 Pfennige angelegt. In der Ausgabe sind u. a. ausgeworfen: An Verwaltungskosten 48,669 M., an Pensionen 3,582 M., für Beleuchtung und Reinigung der Straßen 9,916 M., für Verwaltung der Güter Hartau und Schwarzbach 2,909 M., an Baufasten 13,227 M., für Kirchen, Schulen und sonstige Unterrichtsanstalten 25,506 M., für Armenpflege und Wohlthätigkeitsanstalten 23,726 M. und für Verzinsung und Tilgung der Schulden und Anlegung von Activ-Capitalien 19,152 M., während als Ueberschuß aus der Einnahme 14,022 M. zur Disposition gestellt bleiben.

J. P. Glas, 19. November. [Zum Verkehr.] Heute erhalten wir die freudige Nachricht, daß es unseren Kreis- und Localbehörden, namentlich den Herren Landrath Freiherr v. Seher, Thob und Bürgermeister Euske endlich gelungen ist, wegen der vollständig unzureichenden und ganz besonders für die Fußgänger höchst gefährlichen Verbindung der Stadt mit dem Bahnhof an maßgebender Stelle Geh- und Verordnungen zu finden. Es ist nämlich in Folge der dringenden und wiederholten Vorstellungen genannter Behörden der Bahnverwaltung ausgegeben worden, in dem nördlich an die Stadt anschließenden Haltebahnhof eine massive Brücke über den Neißefluß herzustellen. Dieselbe soll bald nur für den Personenverkehr bestimmt sein, während die neue Straße neben dem Bahnhof zwischen der Schleusenbrücke und dem Bahnhofe dem Frachtverkehr dienen wird. Durch die neue Brücke wird endlich diejenige Verkehrs-erleichterung geschaffen, welche schon beim Beginn des Bahnbaues sowohl vom Publikum als auch von den Behörden für unbedingt notwendig bezeichnet worden war. Wie es scheint, hat die kurze Zeit der Praxis über den in Glas zu erwartenden Verkehr verschiedene Anschauungen berichtigt und die projectirte Einmündung der Dittersbach-Neuroder Gebirgsbahn bei den hiesigen höchst beschränkten Räumlichkeiten die Trennung des Personen- und Güterverkehrs als absolut notwendig herausgestellt.

+ Reife, 19. Nov. [Der erste altkatholische Gottesdienst in der Kreuzkirche.] Für gestern Morgen 11 Uhr war der erste altkatholische Gottesdienst in der von der königlichen Regierung den Altkatholiken zum Mitgebrauch überwiesenen Kreuzkirche anberaumt. Verschiedene bedächtige Gerüchte waren gerissen in Umlauf gesetzt worden, so daß Commandantur und Polizeibehörde umfassende Vorkehrungen zu treffen für nöthig erachtet hatten. Das Publikum hat sich indessen vollständig ruhig verhalten und ist daher keinerlei Einschüchterung der genannten Behörden erforderlich gewesen. Um 10 Uhr begab sich der Vorsteher der altkatholischen Gemeinde, Realchullehrer Rose, in Begleitung des Stadtraths Drabich und des Kaufmanns U. Beyer zuerst zu dem Kirchendiener und dann zum Curatus Kemelt, um die Kirchenschlüssel einzufordern. Beide Herren waren bereit, und so blieb dem Kirchendiener nichts übrig, da also die Schlüssel nicht zu erlangen waren, als die Polizei zu requiriren und die Kirche mit Gewalt öffnen zu lassen. Der Schlossermeister Puge war alsbald zur Hand und es gelang demselben die Thür nach kurzer Zeit. Es wurde die Kirche durch die Sacristie geöffnet, welche seitlich abgelegen ist, so daß das Publikum, welches sich unterdessen zahlreich vor der Kreuzkirche angesammelt hatte, von der gewöhnlichen Thüröffnung gar nichts wahrnehmen konnte. Der Kirchendiener fand sämtliche Altäre total abgeräumt und die Gedenkstränge abgehängt. Die Altkatholiken hatten sich indeß für alle Eventualitäten vorgeesehen. Im Altar war der Hauptaltar mit Altartuch, Kerzen und Bouquets geschmückt, und gleich nach 11 Uhr, als das Hauptportal geöffnet wurde, veränderte das volle Glöckengeläut (für Glöckengeläut war von vorneherein Bedacht genommen worden) den Bewohnern Reiffe, daß die Altkatholiken alle Schwierigkeiten glücklich überwinden hatten. Als Herr Prof. Dr. Weber aus Breslau mit zwei Ministranten zum Altar schritt, traten unter Orgelspiel nochmals alle Glöden. Die Feier der heiligen Messe wurde durch fröhlichen Männergesang verziert. Einen wahrhaft erhebenden Eindruck machte besonders der vorstehende Gesang: „Herr unser Gott, wie groß bist Du!“ Nach der Messe hielt Herr Professor Dr. Weber im Anschluß an das Evangelium des letzten Sonntages eine herrliche Predigt, über das Wesen und die Aufgaben eines wahren Priesters. Die erhebenden und zum Herzen dringenden Worte dieses würdigen und wahrhaften Dieners des Herrn machten sichtlich den tiefsten Eindruck. Nach Beendigung des Gottesdienstes hielt Herr Prof. Dr. Weber am Hochaltare die erste Trauung ab und sprach dabei über die Bedeutung der christlichen Ehe. Die Kirche war von mindestens 1000 Personen besetzt. Auffallend war besonders die zahlreiche Theilnahme vom Lande. Unter den Anwesenden soll sich auch, wie ich von verschiedenen Seiten gehört habe, Se. Durchlaucht Prinz Kraft zu Hohenlohe-Zunglins befunden haben. Die „Reife“ Ztg. hat einige Vollblut-Schwärze in einem der Kreuzkirche gegenüber liegenden Hause als Aufpaßer angestellt, hat nur 100 Altkatholiken und 100 „neugierige Weiber beiderlei Geschlechts“ gezählt haben. — Am Nachmittage vereinigten sich viele Freunde und Verehrer des Herrn Prof. Dr. Weber mit demselben zu einem gemeinschaftlichen Mittagmahl. Die bei Tische gehaltenen Ansprachen des hochverehrten Gastes zeichneten sich ebenso durch gediegene Form wie durch Tiefe des Inhalts aus. Sie betrafen sich besonders um die Bedeutung der Eintracht von Kirche und Staat, um das Wesen wahrer christlicher Toleranz, die auf der Freiheit und Selbstverantwortlichkeit des Einzelnen beruht und um das erhabene Ziel der Wiedervereinigung der christlichen Confessionen. Dem katholischen Bischof Dr. Kleins wurde über die Eröffnung des altkatholischen Gottesdienstes in der Kreuzkirche telegraphische Mittheilung gemacht. Der 18. November 1874 bezeichnet unbedingt ein bedeutungsvolles Moment in dem Fortschritte der altkatholischen Bewegung in Schlesien! — Am 22. h. wird Herr Pfarrer Strußberg aus Breslau Gottesdienst abhalten und am 29. h. Herr Canonicus Freiherr v. Nitzhofen aus Gleiwitz.

Δ Friedland DC., 19. Nov. [Stadtverordnetenwahl.] Bei der gestern stattgefundenen Stadtverordnetenwahl wurden gewählt Herr Maurermeister Schubert und Herr Kaufmann Eichhorn, sowie bei der darauf erfolgten Ergänzungswahl eines Drittels der Stadtverordneten-Versammlung wurden wiedergewählt Herr Kaufmann J. Austerlitz und Herr Schmiede-meister Müller, neugewählt Herr Tischlermeister Eichhorn und Schuhmachermeister Carl Michale. Ueber die geringe Theilnahme an der Wahl können wir nur uns Bedauern ausdrücken.

A. Deuthen O.S. In der am 13. November stattgefundenen Versammlung des Orts-Vereins der jungen Kaufleute hielt der Vorsitzende Herr Zeit einen recht interessanten Vortrag über den Wechsel und seine Bedeutung für den Geschäftsverkehr. Der Redner entwarf uns in klaren Zügen ein Bild der Entstehung und Gebrauch des Wechsels bis auf die heutige Zeit. Die zahlreich besuchte Versammlung folgte dem Vortrage mit großem Interesse, und gab ihren Dank durch zahlreiche Beifall zu erkennen. Der Vortrag war recht fleißig und leicht verständlich ausgearbeitet, und zeigte auch ein tüchtiges Quellenstudium. Der Verein ist trotz seiner großen Ansehung in stetigem Wachse begriffen, indem er jetzt schon 54 Mitglieder zählt. Führt der Verein so in der Wahrung seiner Tendenzen fort, wird er sich auch halten und viele Freunde erwerben können. Auch ist bereits ein Curfus für die einfache und doppelte Buchhaltung Joh. für die Correspondenz eröffnet worden, an dem sich viele Mitglieder betheiligen. Am 26. November gedenkt der Verein im Saale des Herrn Speer eine theatralische Vorstellung zu geben zum Besten seiner Krankenkasse und wünschen wir schon des guten Zweckes wegen dem Verein ein volles Haus.

J. Schwientochlowitz, 19. November. [Gründung eines Vereins für Volksbildung.] Am 17. d. Mts. sprach Herr Julius Keller aus Deuthen O.S., welcher als Wanderlehrer von der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung für die östlichen Provinzen angestellt ist, in der Eintracht über Zweck und Ziele dieser Verbindung, und betonte es namentlich, daß die Volksbildungs-Vereine weder sociale noch politische Tendenzen verfolgen, sich nur die Aufgabe gestellt haben, der Bevölkerung, welcher im Kinbesalter durch die Volksschule nur die Elemente der Bildung zugänglich gemacht werden, dauernd Bildungsstoff und Bildungsmittel zuzuführen, um sie in höherem Grade zu befähigen, ihre Aufgabe im Staate, in der Gemeinde und gesellschaftlichen Leben zu verstehen und zu bewältigen. Der Vortrag wurde mit dem größten Beifall aufgenommen, so daß sich Herr Keller veranlaßt sah, die Gründung eines Vereins vorzunehmen. Nachdem 48 Personen ihren Beitritt befestigt hatten, schritt man zur Wahl eines Vorstandes. Zum Vorsitzenden wählte man den ev. Gemeindepfarrer Herr Kahler von hier, und als dessen Stellvertreter Lehrer Pella in Eintracht. Das Amt eines Rentanten übernahm Herr Hotelier Dietrich daselbst und das eines Schriftführers Secretär Wlochosky von hier. — Der Verein hat seinen Sitz in Eintracht, und umfaßt die Orte Schwientochlowitz und Eintracht.

[Notizen aus der Provinz.] \* Grünberg. Das hiesige Kreisblatt meldet: Mit Anbruch des Winters nimmt leider die Unsicherheit in der Umgebung unserer Stadt stark überhand; nachdem wir schon in vorlehter Nummer unseres Blattes von einem verurtheilten, aber mißglückten Raubansall gemeldet, geht uns jetzt eine neue Kunde von einem solchen zu. Eine Frau Valentin aus Ochelhermsdorf wurde am Donnerstag auf dem Wege von Ochelhermsdorf nach Grünberg, zwischen jenem Dorfe und der Halbmühle mit einem ihr entgegenkommenden Mann angefallen, ihr mit ihrem eigenen Kopftuch der Mund zugestopft und sie ihrer Baarschaft von fünf Thalern beraubt, worauf der Mann in der Richtung nach Hermsdorf sich entfernte. — Dies passirte nicht etwa in dunkler Abendstunde, sondern am hellen Tage, gegen 10 Uhr Vormittag, auf jenem nicht un belebten Wege. — Nach der Aussage der Beraubten war der Mann groß und stark, hatte einen schwarzen Bart, und war mit sehr zerrissenen Luchschuhen und mit einem Paletot bekleidet, der viele Löcher und Risse zeigte. + Ober-Logau. Der „Ratow. Ztg.“ wird von hier gemeldet: Der berühmte Räuber Pstulka alias Pietruschka alias Janke ist in der Nähe seines Heimathsortes Klein-Strehlitz gefangen worden.

## Metereologische Beobachtungen auf der Königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

November 19. 20.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0° .....	324 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	323 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	323 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>
Luftwärme .....	+ 0 <sup>6</sup> / <sub>10</sub>	— 0 <sup>6</sup> / <sub>10</sub>	— 0 <sup>5</sup> / <sub>10</sub>
Thaum .....	2 <sup>1</sup> / <sub>11</sub>	1 <sup>1</sup> / <sub>93</sub>	1 <sup>1</sup> / <sub>82</sub>
Thaumfälligkeit .....	100 pCt.	100 pCt.	95 pCt.
Wind .....	NW. 3	W. 1	NW. 1
Wetter .....	trübe, Regen.	bed., Schn., Reg.	bedeckt, Schnee.

Breslau, 20. Nov. [Wasserstand.] D-B. 4 M. 10 Cm. U-B. — M. — Cm.

Berlin, 19. Nov. Die Tendenz der heutigen Börse war im Allgemeinen fest, ohne daß aber der Verkehr eine Zunahme erfahren hätte; es wäre schwer, für die Festigkeit ein greifbares Motiv anzuführen, denn weder war dieselbe veranlaßt durch starke Deductionsfälle, noch weniger aber entrieng sie speculativen Meinungsstößen. Die von auswärtigen einlangenden Börsendepeschen traten zwar einer festeren Strömung nicht gerade entgegen, waren doch aber eben so wenig geeignet, derselben als Stütze zu dienen. Somit haben wir es heute mit einer jener Launen der Speculation zu thun, über die man eben keine Rechenschaft zu geben sich gewöhnt hat und die um so weniger Beachtung verdient, als der Gesamtumfah die allerbedeutensten Grenzen nicht überschreitet. Die internationalen Speculationspapiere behaupteten sich fast unbedeutend auf ihrem gestrigen Course und während österreichische Creditanleihe verhältnismäßig rege umgingen, blieben Staatsanleihe und Lombarden fast gänzlich außerhalb des Verkehrs. Eben so wenig fand ein nennenswerther Umfah in anderen österr. Wahlen statt. Galtier setzten auch heute ihren gestrigen Rückgang fort, und von österr. Nordwest wurde kaum gesprochen, die anderen hierher gehörigen Devisen blieben meist unverändert. Die lokalen Speculations-Effecten blieben ohne Leben, befanden sich aber auch ziemlich fest, nur Disconto-Commandit zeigte sich schwächer, 176<sup>1</sup>/<sub>8</sub>, ultimo 176<sup>1</sup>/<sub>8</sub> — 5<sup>1</sup>/<sub>8</sub> — 5<sup>1</sup>/<sub>8</sub>. Dortmund Union 35<sup>1</sup>/<sub>8</sub>, ultimo 34<sup>1</sup>/<sub>8</sub> — 35<sup>1</sup>/<sub>8</sub>. Laurahütte 135, ultimo 134<sup>1</sup>/<sub>8</sub> — 4<sup>1</sup>/<sub>8</sub>. Die auswärtigen Staatsanleihen litten unter großer Geschäftslosigkeit und gaben in Folge dessen vielfach nach, dem allerdings nur schwach auftretenden Angebot stand gar keine Kauflust gegenüber und bewirkten schon mäßige Abgaben einen Rückgang des Courses; Italiener waren offerirt, Türken weichen, Oesterreichische Renten und Amerikaner behaupteten sich leidlich gut, Russische Werthe blieben sehr still. Für Preussische Fonds zeigte sich aber recht gute Nachfrage, namentlich waren Pfand- und Rentenbriefe in dem Maße begehrt, daß das vorhandene Material die Frage nicht beden konnte. In anderen deutschen Staatspapieren ging nur wenig um; gut zu lassen blieben auch Eisenbahnprioritäten. In ausländischen Devisen war der Verkehr still, einheimische Prioritäten haben aber einige nicht ganz belanglose Umsätze aufzuweisen; so waren besonders 4<sup>1</sup>/<sub>8</sub> procentige Stücke, und von diesen vorzugsweise Magdeburg-Halberstädter beliebt. Auf dem Eisenbahn-Actien-Markte stagnirte das Geschäft wieder vollkommen. Die schweren rheinisch-westfälischen Devisen fanden bei geringem Angebot nicht genügend Nehmer und gingen im Course zurück, Anhalter und Hamburger waren dagegen gefragt und anziehend, ebenso zeigte sich für Rheinische B. und Leipziger B. einige Vorliebe, Rumänier offerirt und niedriger. Vantactien blieben sehr ruhig, ließen doch aber eine festere Tendenz durchblicken und konnten meistens ihre Course behaupten. Spielhagen zu anziehender Notiz gefragt, Wrede besser, Deutsche Hypoth. (Berlin) beliebt, auch für Ostdeutsche Productenbank zeigte sich mehr Nachfrage, Wechselstube fest, Amsterdamer B. beliebt, aber niedriger, auch Quistorp weichen. Industriepapiere meist geschäftlos. Bawerian Friedrichshafen, Königsbath und Hofjäger beliebt und sich bessernd, Flora gedrückt, Plehner begehrt und etwas höher, Jordanhütte in einigem Verkehr, Union Webers weichen, Linke Wagengbau regte. Bergwerke ziemlich fest. Donnersmard und Hochdahl gefragt, ohne Abgeber, Harthol Vergo. besser, Rittersburg fest, Phönix A. nachgebend. Wechsel fest, aber still. Um 2<sup>1</sup>/<sub>8</sub> Uhr: Nach Schluß der Börse hatte sich das Gerücht verbreitet, die Preuß. Bank werde den Discont morgen um 1 pCt. erhöhen, daraufhin matter. Credit 140, Franz. 183, Lomb. 82<sup>1</sup>/<sub>8</sub>, Disconto-Comm. 176, Dortm. U. 35<sup>1</sup>/<sub>8</sub>, Laurah. 134<sup>1</sup>/<sub>8</sub>. (Bant- u. S-B.)

[In dem bekannten Proceß der Schlesischen Wollenwaaren-Fabrik] (vorm. Beer) in Liegnitz gegen die Feuer-Versicherungs-Gesellschaft Liverpool u. London u. Globe ist nunmehr die letztinstanzliche Entscheidung erfolgt und zwar hat das Reichs-Ober-Handelsgericht die Schlesische Wollenwaaren-Fabrik mit ihren Ansprüchen abgewiesen. Es handelte sich in dem Proceß, wie wir kurz wiederholen wollen, um Entschädigung für den im Mai d. J. stattgehabten Brand der genannten Fabrik. Die Versicherer-Gesellschaft hatte, während sie eine Vergleichssumme offerirte, die Entschädigungspflicht in Abrede gestellt, weil zwar die Vorbesitzerin des Etablissements der Schlesischen Wollenwaaren-Fabrik ihr Versicherung genommen hatte, nicht aber die Actiengesellschaft, an welche die Etablissements später übergegangen sind. Diese hatte angenommen, die Versicherung laufe trotz der Veränderung der Eigentums- und Firmen-Verhältnisse ohne Weiteres fort, was die Versicherung-Gesellschaft verneint hat, und wie das Gericht constatirt, mit Recht.

□ [Nebenhütte.] Wie uns mitgetheilt wird, ist die Concession für den Betrieb des neuen Blechwalzwerks, nachdem sämtliche dagegen gerichtete Einsprüche zurückgewiesen wurden, nunmehr definitiv ertheilt und wird daselbst voranschreitend schon zum 1. December fertige Bleche liefern. Derselben Mittheilung zufolge soll der Hochofenbetrieb bereits wieder gewinnbringende Resultate liefern und der Abfah ein durchaus befriedigender sein.



